



vertraulich

Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister

Herrn Stadtrat
Jens Baur

GZ: (OB) GB 3 02 14

Datum: 12. SEP. 2017

Ausschreitungen beim G 20 Gipfel
mAF0257/17

Sehr geehrter Herr Baur,

Ihre oben genannte Anfrage beantwortete Herr Erster Bürgermeister Detlef Sittel in der Stadtratssitzung am 17. August 2017 wie folgt:

„Bei den Ausschreitungen von linken Autonomen beim G 20 Gipfel in Hamburg wurden auch 20 Linksextremisten aus Sachsen festgenommen. Kurz darauf hatte der sächsische Innenminister Markus Ulbig angekündigt, die Schließung von linken Szenetreffpunkten in Sachsen zu prüfen. Ins Visier von ihm und Bundesinnenminister Thomas de Maiziere war das Conne Island in Leipzig geraten, aber auch weitere Anlaufpunkte der autonomen Szene in Chemnitz und Dresden sollten überprüft werden.“

Dazu meine Frage:

Hat durch Polizei oder Stadtverwaltung eine entsprechende Überprüfung von bekannten linken Szenetreffpunkten in Dresden, wie beispielsweise dem AZ Conni oder dem Verein „Roter Baum“ bereits stattgefunden, wenn ja, mit welchem Ergebnis?“

Es gebe keine Überprüfungen durch die Stadtverwaltung.

Fragen zur Arbeit der Polizei seien prinzipiell an diese zu richten. Die fachliche Zuständigkeit liege beim Operativen Abwehrzentrum der Sächsischen Polizei. Es gebe bislang keine Hinweise, aus denen sich Handlungsbedarf ergebe.

„Gab es nach den G 20 Ausschreitungen eine Überprüfung von Fördergeldern für linke Projekte, die möglicherweise an den Krawallen beteiligt waren?“

Der Stadtverwaltung legen keine Kenntnisse über Bezüge von Dresdner Trägern der freien Jugendhilfe im Sinne der Fragestellung vor. Folglich gebe es keinen Anlass, die vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen und ausgereichten Fördermittel unterjährig zu überprüfen.

Nachfrage Herr Stadtrat Baur:

„Gut, dann eine Nachfrage. Also der Herr Sittel als guter Ordnungsbürgermeister steht ja mit Sicherheit im regelmäßigem Kontakt mit der Polizei hier in Dresden. Es ist also nicht darüber gesprochen worden, im Zusammenhang mit diesen Ausschreitungen, dass eventuell von der Polizei hier in der Stadt Dresden derartige Szenetreffpunkte überprüft werden? Weil, ich gehe doch davon aus, dass Sie natürlich darüber auch als Stadtverwaltung hier darüber in Kenntnis gesetzt werden, wenn das so sein sollte.“

Wie bereits mitgeteilt, gebe es keine Hinweise, die Handlungsbedarf aufzeigen würden. Wäre dies der Fall, würde in einem rechtsstaatlich einwandfreien Verfahren die Überprüfung erfolgen, in dem auch datenschutzrechtliche Vorgaben zu beachten wären. Wenn es konkrete Hinweise der Polizei gebe, würden im Rahmen des gesetzlich vorgesehenen Informationsweges die notwendigen städtischen Stellen informiert werden. Bisher legen keine Hinweise vor.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Hilbert